

Schulaufgaben gemacht? Von der Selbstverpflichtung zur Umsetzung von Diversitäten in den Medien

I. Der verführerische Anspruch

Lange Gesichter gibt es, wann immer internationale Vergleichsrangings wie PISA die deutschen Schulen auf die Plätze verweisen, oft genug auf hintere, seltener auf mittlere, nie auf obere, wo sich doch die deutsche Bildungsrepublik gefühlsmäßig zu Hause wähnt. „Schulaufgaben gemacht?“ kritteln wir Journalisten dann gerne in unseren Medien und geben dann die einerseits beruhigende, andererseits die Gemüter aufwallende Antwort: Die Ergebnisse könnten ja so viel besser sein, hätten wir nicht die riesigen Migrationsfolgeprobleme im Land. Als Beleg fügen wir dann gerne der Anschaulichkeit wegen zwei reale indikative Statistiken an, die zum Beispiel einen Schulleistungsvergleich in Bad Tölz und in Berlin-Kreuzberg im beeindruckenden Gefälle aufzeigen.

Unsere Veranstaltungsfreunde aus der Loccumer Akademie haben mir im Zusammenhang mit der Diversität in den Medien die Frage vorgegeben: „Schulaufgaben gemacht?“ Die Überschrift gefällt mir, kann sie doch über den Erörterungen vieler Probleme stehen, die wir seit Jahrzehnten als die Zustände in unserer Gesellschaft kennen. Schwierigkeiten für die Antworten entstehen immer dann, wenn wir zu erklären versuchen, welche Ziele, Lernbedingungen und Lehrmittel die Schule hat, von der wir reden, mit welchen Lehrern sie arbeitet, wer die Schüler sind, in welchen Lebensfeldern sie aufwachsen, und wie das alles zu verbinden ist. Je genauer wir in die Probleme hinein schauen, desto komplexer werden sie, und wir erkennen, dass die Antworten für ihre Lösung davon abhängen, aus welcher Perspektive wir sie betrachten, aus welchen Perspektiven die Schulaufgaben gesetzt sind, die Probleme zu lösen.

Unsere Tagung trägt diesem Anspruch Rechnung und fordert als Imperativ mit Ausrufezeichen: „Multi-Perspektive dringend gesucht!“ Mehr Perspektiven, deutliches Nebeneinander von unterschiedlichen Perspektiven, Gleichgewichtung solcher Sichtweisen in der öffentlichen Kommunikation – das können wir toleranter und auf Ausgleich bedachten Menschen gut verstehen. Aber die Multiperspektive, im Singular eine eigenständige Perspektive für einen innovativen Gesellschaftsprozess? Manchem Erkenntnistheoretiker der Wissenschaft sträuben sich da die Nackenhaare. Das kann kein Erkenntnisse fördernder Ansatz sein. Aber hier im geschützten Raum der Akademie sollten wir die Provokation dieses Imperativs annehmen und danach suchen, ob seine Sprengkraft zu nutzen ist. Es kann ja sein, dass er eine Richtung bezeichnet, in der sich die ethnisch begründete Multikulturalität in Deutschland in einer neuen postmigrantischen Weise entwickelt, die in zeitlicher Verzögerung dann auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern wird.

Für mich als Journalist ist der Imperativ der Multiperspektive noch aus einem anderen Grund verführerisch. In der Wahrnehmung und Betrachtung der alltäglichen Ereignisse dieser Welt ist ja zu klar, was Perspektive für unseren Beruf bedeutet. Welche Themen wir aussuchen, was wir beschreiben, welche Quellen wir

nutzen, in welchen Hierarchien der Prominenz wir uns bewegen, welche Wörter uns bei dem Versuch geeignet erscheinen, sachlich und möglichst wahrhaftig zu berichten: Journalisten können gar nicht anders als ihren Beruf mit seinen Routinen perspektivisch zu definieren. Sie wissen, dass diese Perspektiven unterschiedlich sein können, stehen im Wettbewerb der Wahrnehmungen und Deutungen und sind in diesem Wettbewerb ein Teil der Vielfalt, die in der Medienvielfalt ihre konstitutionelle Form gefunden hat.

Ein Journalist erlebt bereits in der Zusammensetzung seiner Redaktion eine gewisse Vielfalt der Perspektiven. Doch die ist selten so weit gefasst, dass sie alle Möglichkeiten, nicht einmal alle Notwendigkeiten gesellschaftlicher Vielfalt in ihre Arbeitsprozesse einbeziehen kann. Besonders eklatant sind die Defizite in der Wahrnehmung und Thematisierung der Einwanderungen und ihrer Folgen nach Deutschland. Angesichts dieser Situation im Journalismus ist es verlockend, den Journalistinnen und Journalisten Pflichtenhefte für die Multiperspektive in ihrem Beruf auf den Weg zu geben. Aber die Probleme reichen wohl tiefer und sind vor allem strukturell ausgeprägt. Interkulturelle Kompetenz ist ein Schlagwort voller Fallstricke.

Für die zeitgemäßen Erweiterungen des Journalismus liegt kein Lehrbuch vor. Es kann wohl auch noch nicht geschrieben werden, weil wir im gesellschaftlichen Diskurs noch zu weit entfernt sind, kompatible Vorstellungen davon haben zu können, was die Multiperspektive tatsächlich ist. Ich möchte Ihnen deshalb kurz sagen, welche Schlüsse ich daraus ziehe und welche Erfahrungen ich in meiner eigenen kleinen Praxis mache, wenn ich im Berliner Bildungswerk Kreuzberg (BWK) in 15 monatigen Kursen mit jungen Menschen arbeite, die als Merkmal den berühmten Migrationshintergrund haben und nun im Journalismus in Deutschland Fuß fassen wollen.

II. Die Schule

Meine Schule, in der ich das Einmaleins der Diversität, besonders der Diversität in den Medien kennen gelernt habe, dauerte sieben Jahre und stand im Bundeskanzleramt. Sie umfasste zwei Stufen. In der ersten Stufe ging es darum, in einer möglichst realistischen Bestandaufnahme der Probleme Ansätze zu benennen, um eine Richtung möglichst zielgenau steuern zu können. Die Stufe endete 2007 mit der Vorlage des Nationalen Integrationsplans durch die Bundeskanzlerin. Die zweite Stufe sollte in einem breit angelegten Dialog mit den Verantwortlichen und Handelnden in den Medien den Stand der Umsetzungen aus dem Integrationsplan evaluieren. Der Diversity-Prozess sollte in einem erkennbaren Rahmen möglichst messbar sein. Die Bewegung der Einwanderungsgesellschaft sollte aus der Perspektive der entscheidenden und handelnden Akteure deutlich werden. Beide Stufen wurden dann 2012 zusammengefasst und veröffentlicht als „Nationaler Integrationsplan – Zusammenarbeit stärken – Teilhabe verwirklichen“.

In dieser Schule habe ich sehr gute Lehrer gehabt und die eine oder andere Unterrichtseinheit auch selber lehren dürfen. Am meisten habe ich von denen gelernt, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, sich hier unter oft schwierigen Verhältnissen Anerkennung und Respekt durch beharrliche Kommunikationsleistungen in kleinen Schritten aufbauen mussten. Sie haben eigene Medien mit eigenständigen Integrationsleistungen erschaffen, von deren Existenz

ich nichts wusste, und die vor allem eine vollständig andere Deutschlandgeschichte erzählten als wir, die wir in diesem Land schon immer gelebt haben, als aufgeklärte Bürger, Journalisten, Intendanten oder Wissenschaftler auf den Schulbänken der Vernunft und der hohen Politik.

Unser Klassenraum war der große Bankettsaal im 5. Stock mit der atemberaubenden Aussicht über das neue Regierungsviertel am grünen Tiergarten, flankiert vom Brandenburger Tor und der Siegestsäule. In einer solchen Umgebung sind die Stimmen freundlicher, die Aussagen moderater als sie in den viel kleineren Arbeitsgruppen oder in den informellen Gesprächen außerhalb des Kanzleramtes waren. Das Plenum um den langen Tisch umfasste gut 120 Teilnehmer, sorgfältig nach gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen sortiert, unter Beachtung von Hierarchien und Empfindlichkeiten ausgewählt und mit Ikonen aus Kultur und Wissenschaft geschmückt. Diese große Runde von Männern und zu wenigen Frauen wurde bemerkenswert erfolgreich und feinfühlig moderiert von Staatsministerin Maria Böhmer, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Auch von ihr habe ich viel gelernt. Unsere Versammlungen waren ja keine Kabinettsitzungen. Wir hatten ja nicht zu entscheiden, redeten und berieten ohne Geschäftsordnung und Abstimmungen. Aber Frau Böhmer ist in der Politik etwas gelungen, was selten Thema der politischen Berichterstattung und der politischen Analyse ist. Sie hat im Laufe der sieben Jahre die Sprache und Terminologie der Politik eindeutig und konsequent aus der Einsicht gefestigt, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Anders als die deduktive Methode der Juristen hat sie eine Diskursmethode zu ihrer Politik gemacht, in der die Sensibilität entscheidet, die Kommunikation unter denen in Gang zu setzen, die im Alltagsleben und in ihrer Biografie mehr trennt als vereint.

In meiner Schule gab es zehn Schwerpunktfelder, zu denen Arbeitsgruppen in eigenen Klassen ihre Aufgaben zu erfüllen hatten. Ich gehörte zur Klasse „Medien – Vielfalt nutzen“. Wir waren 50 Schüler. Einige hielten sich oft vom Unterricht fern, andere, gut die Hälfte, waren stets anwesend. 12 Teilnehmer hatten den berühmten Migrationshintergrund, waren fast immer dabei und nahmen die Schule sehr ernst. Unseren Unterricht muss man sich so vorstellen: Wir haben uns gegenseitig unterrichtet. Jeder war also in der Rolle des Lehrenden und dann wieder in der Rolle des Lernenden. Das hat ein Gemeinschaftsgefühl gefördert und vor allem Respekt und Wertschätzung untereinander wachsen lassen.

Während der gesamten Schulzeit standen immer wieder vier Themenfelder auf dem Unterrichtsplan, deren innere Zusammenhänge es zu entdecken galt:

1. Sind in den Medien Strukturen, die dem Partizipationspotenzial der eingewanderten Gruppen mit ihren spezifischen Interessen entsprechen? Mit anderen Worten: Sind die Eingewanderten in den Medienstrukturen und auf den Entscheidungsebenen repräsentiert? Es lag nahe, bei der Prüfung dieser Fragen besonders den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ins Visier zu nehmen. Die Bilanz ist eher ernüchternd. Die Zusammensetzung der Gremien und der Leitungsebenen lässt keinen Wandel erkennen. Eine migrantische Diversität ist nicht vollzogen. Eine entsprechende Partizipation ist weder gesetzlich noch faktisch geregelt.

2. Inhaltsanalysen der Medienangebote lassen sich nur schwer auf einfache Formeln bringen. Es ist aber festzustellen, dass Migranten in den Medien überwiegend in festen Rollenbildern Eingang gefunden haben. In solchen Rollen gelten

sie in erster Linie als Opfer oder als Täter in unserer Gesellschaft. Über ihre Leistungen und über ihre Authentizität im Zusammenwirken der Gesellschaft erfahren wir hingegen wenig. Medien prägen Stereotype in der Vorstellung, wonach Migranten die Problemgruppen der Gesellschaft oder extremer das Problem in Deutschland sind.

3. Ein Gradmesser der faktischen Integration und auch der Möglichkeit, Interesse an Deutschland zu entwickeln, sind nach Ansicht der Arbeitsgruppe genaue Kenntnisse über die Mediennutzung der nach Deutschland Eingewanderten gewesen. Auf diesem Feld waren aus vielen Gründen erklärbar eklatante Defizite zu beklagen. Es ist dem Integrationsgipfel gelungen, nach den Vorlagen der Arbeitsgruppe in den vergangenen Jahren entscheidende Verbesserungen in den Nutzerstudien zu bewirken. Hier sind die ARD und das ZDF Vorreiter geworden. Wir können heute bei aller Grobheit allgemeiner Aussagen davon ausgehen, dass etwa drei Viertel der nach Deutschland Eingewanderten überwiegend deutsche Medien nutzen, was übrigens auch der Sprachförderung zugute kommt. Die Vorstellung vom Leben in Parallelwelten ist zumindest in den Ausmalungen der radikalen Fantasie nicht richtig. Allerdings bleibt ein Viertel, dessen Mitglieder überwiegend oder ausschließlich Medienangebote aus ihren Herkunftsländern nutzen, denen sie sich auch in Deutschland in erster Linie verbunden fühlen.

4. Mehr Diversität in den Medien, im Journalismus verspricht mehr Vielfalt in der öffentlichen Kommunikation. Die Zugänge zum Journalismus müssen auch den Eingewanderten geöffnet werden. In der journalistischen Bildungsarbeit müssen Kompetenzen gestärkt werden, die Probleme in der deutschen Einwanderungsgesellschaft in ihren Zusammenhängen wahrnehmen und vermitteln zu können. Mehr Migrantinnen und Migranten vor und hinter die Kameras und Mikrofone und an die Redaktionstische! Fast wie ein Schlachtruf klang dieser Imperativ durch die gesamte Schulzeit des Nationalen Integrationsplans. Er war der Reflex auf die erschütternden Zahlen der Empirie, wonach jeder fünfte Bewohner in Deutschland eingewandert oder Nachkomme der Einwanderer ist, dass aber im Medienjournalismus nur jeder Fünfzigste diesen Gruppen angehört. Eingewanderte sind also fast nicht im Journalismus präsent. Wenn also, da waren sich alle einig, unverzüglich Schulaufgaben zu vergeben sind, dann in der journalistischen Ausbildung und dem mit ihr verbundenen Personalmanagement.

Ein demokratischer Staat kann aus guten Gründen nicht unmittelbar in die Medienverhältnisse hinein regieren. Er kann nicht durch Gesetze oder Erlasse Diversität verordnen. Der Staat, die Parteien, die Organisationen können aber die Probleme laut benennen und die Verantwortlichen in einen Kommunikationsprozess hineinziehen, in dem schließlich Selbstverpflichtungen die Form von Maßnahmen erhalten, die dann im Laufe der Zeit überprüfbar werden. In etwa so ist die Methode des Integrationsplans gewesen. Tatsächlich wurden viele Schulaufgaben auf diese Weise sehr konkret gestellt.

Ich beschränke mich hier auf den Katalog der Aufgaben, mit zusätzlichen Bildungsanstrengungen für den Journalismus Diversifizierung ermöglichende Innovationen einzuleiten. Die Bilanz ist sicher nicht befriedigend. Aufbruch und Umbruch sind dennoch nicht zu verkennen. Einige Beispiele:

- Im Axel Springer Verlag wurde eine Zielvereinbarung abgeschlossen, die Erfolgsprämien im Zusammenwirken zwischen der dortigen Journalisten-Akademie mit dem Personalmanagement für erfolgreiche Übernahme und Einstellung von Migrantjournalisten vorsehen.

- ARD und ZDF haben Leitbilder Zielvorgaben in ihren Programmrichtlinien verabschiedet, nach denen die neue Vielfalt in Deutschland personell und programmlich zu berücksichtigen ist.
- Fast alle namhaften Medienunternehmen sind der „Charta der Vielfalt“ beigetreten, in der Selbstverpflichtung mit dem Versprechen proklamiert sind: „Die Vielfalt der Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreativen Lösungen.“
- Der WDR hat nicht nur das wunderbare Nachwuchsseminar „Grenzenlos“ auf die Beine gestellt. Er verpflichtet auch zur Förderung von Vielfalt auf den Etagen der Führungskräfte.
- Die gezielte Talentsuche unter Migranten gehört auch zur RTL-Praxis. Mit einem weit gefächerten Wettbewerb geht RTL in die Schulen. Die Resonanz ist enorm.
- In Berlin wurden mit der Unterstützung der Arbeitsverwaltung im BWK fünfzehn Monate dauernde crossmediale Kurse für Migrantenjournalisten eingerichtet. Sechzehn Redaktionen arbeiten mit. Bei ihnen finden sechs Monate Praktika während der Kursdauer statt. Ein hervorragendes Mentorensystem unterstützt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Zu behaupten, die Schule des Integrationsplans habe nichts gebracht, ist falsch. Falsch ist auch die Behauptung, Selbstverpflichtungen seien zu weiche Instrumente. Sie sind nicht nur aus demokratietheoretischen Gründen unverzichtbar. In meiner Arbeitsgruppe ist immer wieder auch eine ökonomische Begründung für solche Selbstverpflichtungen vorgetragen worden. Je ausgeprägter die Medienkrisen werden, desto größer wird der Druck auf die Medienunternehmen, das Viertel der Bevölkerung als Zielgruppen ins Visier zu nehmen, die sie bisher sträflich vernachlässigt haben. Mehr Partizipation dieser Bevölkerung in der Medienproduktion scheint da ein naheliegender Königsweg zu sein.

Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen mit erkennbaren Wirkungen einzuleiten, braucht mehr Zeit als die Sprache zu finden, um ihre Notwendigkeit zu begründen. Kritisch muss man gegen den Integrationsplan einwenden, dass er viel zu spät gekommen ist. Seine Empfehlungen treffen in Deutschland auf Vorstellungswelten von Fremdheit und Eigenheit, von Ausländern und Inländern, von Gefährdungen des Eigenen durch Überlagerungen des Anderen, die ihre Wurzeln im Gestern haben. Deutschland als Einwanderungsland ist in vielen Köpfen noch nicht angekommen. Bis zu Beginn dieses Jahrhunderts war es vorne an der Staat, der alles dafür getan hatte, dass aus den ins Land gerufenen Gastarbeitern keine willkommen geheißenen Mitbürger werden sollten.

Die Wende, die dann vollzogen wurde, wird zu einem langen Lernprozess werden. Solange in Deutschland die unbefriedigenden Rankings des sozialen Zusammenlebens, der Lernerfolge in seinen Bildungssystemen, die Kosten für psychische Erkrankungen, die Häufigkeit ausgewählter krimineller Delikte und vieles mehr vorrangig auf Eingewanderte zurück geführt werden – wie es viele Journalisten gerne tun – werden die Eingewanderten nicht nur als die ewige Problemgruppe öffentlich vorgeführt, sie müssen sich auch als Nachzügler in diesem Land fühlen, die bestenfalls geduldet sind, nicht aber als Bereicherung Wertschätzung erfahren. Da kann ein Integrationsplan nur Ansporn sein, die Schulaufgaben noch gründlicher zu machen. Maria Böhmer hat das in der ihr eigenen Art so aufgeschrieben: „Wir brauchen Hartnäckigkeit und Vertrauen in die Wirksamkeit der gemeinsam vereinbarten Maßnahmen. Unverzichtbar ist es, die sehr facettenrei-

che Dialogstruktur auf allen Ebenen zu verstetigen und – so dies sinnvoll ist – zu institutionalisieren.“

III. Der Kampf um die Worte – Vielfalt als Realität

Ende April dieses Jahres haben die Neuen Deutschen Medienmacher (NDM), das Netzwerk der Migrantjournalisten, einen Workshop zum Thema „Neue Begriffe für die Einwanderungsgesellschaft“ in Nürnberg veranstaltet. Da ging es unter anderem um die Frage, wie man denn eigentlich die neuen Deutschen bezeichnen soll, ein nicht kleines Problem für Journalisten. Denn auf die Wortwahl kommt es an, will man Bewusstsein schaffen und einer neu entstandenen Gesellschaft ihre angemessene Sprache geben. Begriffe wie Ausländer, Zuwanderer, aber auch Fremdenfeindlichkeit oder Ausländerhass sind Wörter aus der deutschstämmigen Perspektive. Da mag es korrekt sein, die statistisch messbare Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ einzuführen. Aber wie viel Unsicherheit und Verlegenheit schwingt da mit, wenn es doch in erster Linie um Menschen geht, um die Kinder und Enkelkinder der Gastarbeiter und ihrer Familien. Auch in den Medien war wenig Verdacht aufgekommen, als im Umfeld der NSU-Morde das Wort von den Dönermorden die Runde machte. Sarrazins Deutschlandbuch verkaufte sich so prächtig gerade wegen der hochschäumenden NSU-Affäre.

Das Vorstandmitglied der NDM, Ferda Ataman, hat auch im Zusammenhang der Wörter auf die Notwendigkeit eines langen Atems hingewiesen: „Sprachliche Veränderungen sind ein Prozess. Begriffe verschwinden nach und nach aus dem Sprachgebrauch oder etablieren sich erst nach einer bestimmten Zeit. Nur selten passiert es – wie im Fall der Dönermorde – dass ein Wort von heute auf morgen aus dem Alltagsgebrauch gestrichen wird.“

Nicht die deutsche Sprache trennt die Eingesessenen von den Eingewanderten. Das gibt es natürlich auch und muss selbstverständlich durch gute Angebote überwunden werden. Aber die Sprache ist das Kommunikationsinstrument in der Differenzierung der Lebenswirklichkeiten. Zu beklagen ist der konservierende Charakter der Wortfelder in deutschen Medien, der Mangel an authentischen Perspektiven, in denen die Eingewanderten ihre Lebenswelten erfahren und ihre Lebenswirklichkeiten wahrnehmen. Diese Mängel haben nicht mit den konservativen oder progressiven Einstellungen der Journalisten zu tun. Sie sind die natürlichen Folgen ihrer Sozialisation, ihrer Lebens- und Bildungsgeschichten.

In meinen realen Schulen habe ich von unterschiedlichen Perspektiven, in denen Menschen ihre Gesellschaft, ihr Land, ihre Stadt wahrnehmen, wenig mitbekommen. Heute hingegen meine ich, nach vielen Begegnungen und Gesprächen ein Gespür für diese Unterschiede gewonnen zu haben. Die Sprache ist dadurch für mich reicher geworden. Verständigungen werden leichter, auch wenn Missverständnisse möglich bleiben und man nicht immer einer Meinung sein muss. Ich vermisse allerdings diese Öffnung in der Mediensprache. Ich vermute, in der nach wie vor wenig pluralen Zusammensetzung der Redaktionen liegt der Schlüssel für die Unsensibilität unserer öffentlichen Sprache, in der wir unser Einwanderungsland vermessen.

In der Alltagskultur der Einwanderungsgesellschaft können wir eine reiche Erfahrung machen, die keine besonderen intellektuellen Leistungen voraussetzt. Die

Neuen, die in Deutschland leben, zum Teil schon lange hier leben, haben im wahren Sinne des Wortes spannende Biografien, können anders als wir Altdeutschen aus ihrem Leben erzählen und machen auf schlichte Weise vor, wie einige Dinge hierzulande aus ihrem biografischen Blick der Lebenserfahrung ganz anders, manchmal sogar kurios aussehen, als wir sie zu sehen gewohnt sind. Da werden Benennungen dieser erzählenden Menschen wichtig, weil in ihnen offen oder versteckt Machtvorstellungen und Abgrenzungen enthalten sind. Ängste und Feindschaften gibt es bei allen, ob als Mehrheit oder als Minderheit gezählt. Sie sind die Folgen der defizitären Kommunikation. Haltungen, die aus ihnen entstehen, verfestigen sich in Machtstrukturen. Als Journalisten wissen wir eigentlich, wie sehr die Sprache des Berichtens, Erklärens und Vermittelns in Machtstrukturen eingebettet ist. Sofern die Strukturen politisch oder wirtschaftlich geprägt sind, haben wir gelernt, sie kritisch zu hinterfragen. Damit leisten wir einen Beitrag für eine freie und offene Gesellschaft. Nicht gelungen ist diese kritische Leistung des Journalismus gegenüber den wirksamen Strukturen der unterschiedlichen Kulturen. Wenn irgendwo Leitkultur in der Sprache gilt, dann im Journalismus.

Als Wissenschaftler habe ich viel aus meiner kollegialen Freundschaft mit Leo Kreuzer gelernt, der hier an der Uni Hannover als Kulturwissenschaftler gelehrt hat. Kreuzer ist ein bekannter interkultureller Literaturwissenschaftler, der viele Jahre lang an schwarzafrikanischen Universitäten gearbeitet hat und mit ihnen in Hannover die Ecolé de Hanovre aufgebaut hat, eine interkulturelle Literaturwissenschaft der Vielfalt. Seine einfachen Fragen lauteten: Was soll Goethe in Afrika? Warum erfreut sich der Dichter dort so verbreiteter Beliebtheit?

In der Zusammenarbeit mit seinen afrikanischen Kollegen hat er herausgefunden, dass die Goetherezeption mit dem Programm einer Négritude in den Köpfen seiner Mitarbeiter gänzlich anders verläuft als in unserer deutschen Tradition. In der Zusammenführung ihrer unterschiedlichen Perspektiven entstanden die spannenden Synthesen, die als kosmopolitische Entwürfe einer neuen Kultur der Vielfalt eine eigene wissenschaftliche Praxis erschaffen haben. Dafür hat Leo Kreuzer den Begriff Doppelblick geprägt. Er ist nicht der Urheber dieses schönen Wortes gewesen. Den hat er von einem nicht Geringeren als Johann Wolfgang von Goethe, der ihn vor fast zweihundert Jahren in seinem 'West-östlichen Divan' geprägt hat, der ersten Schule eines 'Doppeltblickens'. Dort lauten zwei Verse in einem Gedicht Hatems an Suleika:

Niemand kann ich glücklich preisen,
Der des Doppelblicks ermangelt.

Das wollen wir künftig auch von Journalisten sagen können. Ich meine, jenseits der Wissenschaft ist das Doppeltblicken ein taugliches Wort, das uns leiten kann, unsere Wahrnehmungen zu pluralisieren und unsere Möglichkeiten zu erweitern, Authentizität in unseren Wortfeldern zu stärken.

IV. Der Doppelblick im Diversity-Unterricht

Die Bezeichnung Doppelblick, der doppelte Blick auf den Journalismus zu übertragen, macht Sinn. Für den Beruf ist die Kompetenz anzustreben, die dem sehr nahe kommt, was als Imperativ unsere Tagung beherrscht: die Multiperspektive in unseren Wahrnehmungen und Vermittlungen. Sie begründet eine unserem Land angemessene neue Kultur des Journalismus, neu, weil sie ihrem Wesen

nach bereits postmigrantisch ausgerichtet ist. In ihr agieren ihre Akteure unabhängig von ihren Herkunftsmerkmalen, sind aber in der Lage, die kulturell unterschiedlichen Sichtweisen in Spannung zu halten.

Auch aus Gründen der Organisation einer Redaktion ist die Multiperspektive, der doppelte Blick, notwendig. Redaktionen können nie Repräsentationsorgane der Vielfalt einer Gesellschaft sein. In ihnen können nie alle Sichtweisen nebeneinander gestapelt werden, die für die vielen unterschiedlichen Gruppen bestehen, aus denen sich eine Gesellschaft politisch, sozial, kulturell oder ethnisch zusammensetzt. Redaktionen sind zahlenmäßig meistens sehr kleine Einheiten. Umso wichtiger werden Methoden der Vermittlung, die für die real existierende Vielfalt in der Gesellschaft sensibilisieren und den verschiedenen Ansichten, Gewichtungen und Bewertungen des Geschehens Ausdruck verleihen, sie kommunikativ und diskussionswürdig machen. Diese grundsätzliche Aufgabe des Journalismus muss für alle gelten, die sich in ihm beteiligen. Wir brauchen neue Impulse für den Journalismus, um mit ihnen neue Erfahrungen im Journalismus machen zu können. Für solche neuen Impulse müssen wir uns um die Mitarbeit der Menschen bemühen, die nach Deutschland eingewandert nicht in die öffentliche Kommunikation in unserem Land eingebunden sind.

Um den doppelten Blick einer Multiperspektive bemühe ich mich in unseren Kreuzberger Seminaren der crossmedialen Ausbildung für Migrantjournalisten. Wir haben festgestellt, dass unterschiedliche Perspektiven umso deutlicher werden, je konsequenter wir Tatbestände und Ereignisse aus ihren mikrokosmischen Verhältnissen zu verstehen versuchen. Wir verknüpfen unsere journalistische Methode der Recherche, die ja Ähnlichkeiten mit der Arbeit mit einer Lupe oder mit einem Mikroskop hat, mit der Frage nach den Entstehungsgeschichten der Tatbestände und Ereignisse und verstärken als Journalisten bewusst die Fragen nach dem WIE und WARUM aus unserem Standardrepertoire unserer W-Fragen. Ein Mikrokosmos unserer multiperspektivischen Arbeit liegt unmittelbar vor unserer Haustür, der Berliner Stadtteil Kreuzberg, in dem etwa so viele Türken wie Deutschstämmige wohnen. Dieser Mikrokosmos ist unser Labor, in dem viel zu lernen ist. Mit einem Beispiel will ich Sie auf eine kleine Reise unserer Schule in unseren Mikrokosmos mitnehmen.

Kreuzberg war ein besonders eng gebauter Stadtteil mit tief gestaffelten Hinterhöfen, ein Zentrum der berüchtigten Mietskasernen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Da wohnten früher etwa 300.000 Menschen. Heute sind es noch gut 150.000. Viele Häuser waren durch den Krieg zerstört, ebenso viele wurden erst nach dem Krieg abgerissen. Einigermaßen unversehrt hatte das baulich problematischte Viertel, das SO 36 im nördlichen Teil überstanden.

Im Zuge der Stadtplanung und Erneuerung des Bezirks waren in den 60er Jahren weitflächige Abrisse der alten Häuser mit ihren Hinterhöfen vorgesehen, um Platz zu schaffen für breite Autobahn ähnliche Tangenten entlang der Mauer und solitäre Hochhäuser, umgeben von parkähnlichen Grünflächen. Die Beteiligung der Bevölkerung spielte damals noch kaum eine Rolle. Doch so eine Planung einer neuen Stadt braucht viel Zeit, zumal sich Widerstand von Anfang an in Formen regte, die man bis dato nicht kannte. Und es kamen in jenen Jahren Gastarbeiter in großen Scharen nach Westberlin, vorwiegend aus den Dörfern Anatoliens, die irgendwo und irgendwie untergebracht werden mussten.

Da kam der Senat auf eine Idee, wie man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen kann. Die Idee hieß Zwischennutzung, ein Markenzeichen der Stadtplanung noch heute. Zwischennutzung bedeutet: Gebäude sollen irgendwann abgerissen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden Nutzungsrechte vergeben. Gastarbeiter, so war man damals überzeugt, kommen für ein paar Jahre, gehen dann aber wieder nach Hause oder werden nach Hause geschickt. Also vermietete man die Wohnungen in den alten Häusern, über denen die Abrissbirnen schwebten. Man vermietete sogar sozial, mit niedrigen Mieten und mit der Zusicherung, es werde keine Kündigungen geben bis zu dem Tag, an dem der Abrissbescheid verschickt werden muss. Eine schöne Lösung auf Gegenseitigkeit, fand man, und tatsächlich zogen Tausende Türken rund um das Kottbusser Tor ein, das sie ihr Dorf nannten und wo sie überwiegend unter sich waren.

Die Sache kam aber ganz anders. Die Häuser wurden nicht mehr abgerissen. Die Proteste in Kreuzberg waren zu stark geworden, und die Richtung in der Stadtplanung hatte sich gedreht. Nun waren Stadterhaltung und Sanierung angesagt. Die türkischen Familien wurden immer mehr, und die Gastarbeiter blieben, längst schon keine Gäste mehr sondern Menschen, die in der neuen Stadt auf sehr unterschiedliche Weise ihre Wurzeln schlugen. Die Häuser wurden lange Zeit nicht besser, aber die Mietverträge waren ein Rechtsgut. Viele Altkreuzberger verließen ihr Viertel, soziale Probleme vergrößerten sich. Die Türken saßen in der Migrationsfalle und blieben weitgehend auf sich selbst gestellt. Zu lernen ist also, wie durch Einwanderungen Mikrokosmen entstehen, die der Vielfalt ihr spezifisches Gesicht und ihren eigenen Charakter geben. Viele im Dorf erzählen, dass man ohne die deutsche Sprache zurecht gekommen sei, um überleben zu können. Religion und Traditionen bieten in solchen Situationen besonderen Schutz und inneren Halt.

In unserer Kurslektüre fanden wir in der Wochenzeitung „Die Zeit“ eine längere Reportage über eine Straße nicht weit von unserem Seminargebäude entfernt. Auf der einen Seite der Straße steht ein großer geschlossener Häuserblock aus den 70er Jahren. Auf der anderen Seite der Straße stehen schmuck sanierte Häuser aus der Gründerzeit. In dem Häuserblock wohnen fast ausschließlich Familien, die aus der Türkei gekommen sind. Die gibt es auch auf der anderen Straßenseite, hier aber gemischt mit Deutschstämmigen und Eingewanderten aus anderen Ländern, meistens erst in den letzten Jahren zugezogen in die Boomstadt, die Berlin inzwischen geworden ist.

Die Reportage berichtet, wie die Familien in dem Häuserblock alle Probleme wie in einem Brennglas auf sich gezogen haben, die genannt werden, wenn von Migranten die Rede ist. Viele können angeblich immer noch kaum deutsch sprechen, obgleich sie schon Jahrzehnte in Berlin sind. Die meisten Kinder scheitern schon früh in der Schule. Sehr viele Eltern sind Hartz-IV Empfänger. Der Fernseher mit türkischen Programmen läuft vom Morgen bis in die Nacht. Immer gleiche Männer sitzen in grauen Kneipen und trinken Tee, Frauen tragen Kopftücher, und kaum einer der Bewohner verlässt den Block, kennt den Bezirk, die Stadt, geschweige denn das Land, in dem sie leben.

Auf der anderen Seite der Straße sind ihre Landsleute einen ganz anderen Weg gegangen. Mit ihren beruflichen Ambitionen sind sie erfolgreich. Ihre Kinder bringen in der Schule gute Leistungen. Es gibt gemischte Freundschaften, auf den Spielplätzen gibt es Kinder und keine Ethnien, und die Eltern achten darauf, dass ihre Sprösslinge fehlerfrei deutsch und türkisch lernen. Als entscheidend stellt

sich heraus, dass vor allem die Frauen auf dieser Straßenseite viel zusammen kommen, um sich über den Lebensalltag auszusprechen, sich gegenseitig Tipps zu geben, sich gegenseitig zu helfen. Vorstellungen setzen sich durch, welche Schule für die Kinder die richtige ist, und die meisten Eltern folgen solchen Vorstellungen. Man trifft sich zusammen in Vereinen, pflegt Nachbarschaften, feiert gemeinsam und tauscht Urlaubsreiseerfahrungen aus.

Das Wohnumfeld, die Nachbarschaften, die Verbindungen des Privaten in den eigenen vier Wänden mit den gemeinsamen Erfahrungen der Menschen nebeneinander fördern eine Sozialisation, die nur aus dem Doppelblick zu verstehen ist, wie die Teilnehmer mit ihren nachgezogenen Recherchen herausfinden. Im Mikrokosmos gibt es Antworten, unter welchen Bedingungen der Imperativ „Multi-Perspektive dringend gesucht“ zieht und unter welchen Bedingungen nicht. Die Mischung auf dieser Straßenseite führt, so finden die Teilnehmer heraus, nicht zu einer Assimilation, zum Absterben der kulturellen Wurzeln. Die Kinder halten die Kultivierungen der türkischen und der deutschen Sprache im Gleichgewicht und mit ihnen das Gespür für die in ihnen enthaltenen Lebensbilder. Aber sie können aus dieser Spannung kreativ Formen des Miteinanders erproben, die sie in ihrem Mikrokosmos erleben.

Mit dem Wohnblock auf der anderen Seite glaubte man, den Türken eine soziale Wohltat ordentlicher Behausungen zur Verfügung gestellt zu haben. Die Folgen dieser sozialen Tat hatte man nicht im Blick. Der Mikrokosmos machte aus den Bewohnern eine homogene Gruppe, abgeschlossen von der städtischen Umwelt, ausgestattet mit allem für das Überleben Notwendige, einschließlich der nahen Schule, auf die kaum ein Kind von der gegenüberliegenden Straßenseite geht. Berücksichtigt man diese Mikrokosmen, erscheinen Rankings wie PISA auf einmal in einem ganz anderen Licht.

Die Kursteilnehmer meinten, mit ihrem Blick für die Entstehung der Mikrokosmen und ihrer Bewohner Erklärungen gefunden zu haben, wie eine Bauplanung zum Spiegel der Sichtweise der Mehrheitsgesellschaft wird, in dem die Fürsorge in die Irre führt, nach der die Eingewanderten am besten leben können, wenn man ihnen Wohnanlagen schafft, in denen sie sich vollständig selbst versorgen und ihren Lebensvorstellungen nachgehen können. Hinter dieser Fürsorgepolitik wittern sie eine sehr typische deutschstämmige Perspektive: Fremde können ruhig weiter Fremde in unserem Land bleiben, sofern wir ihnen die Unterstützung zum Überleben sichern und ihnen das Gut überlassen, unter sich ihre Traditionen ungestört weiter zu führen, die nicht unsere sind.

Erst aus dem Mikrokosmos erschließen sich die Potenziale einer multiperspektivischen Sicht. In der kulturellen Gettoisierung verkümmern die sozialen Fähigkeiten, sich in die realen Lebensbedingungen einzumischen. Die Menschen erleben ihre Lebensbedingungen nur noch als Schicksal. In ihre eigenen Mauern verbannt werden sie zunehmend zum Problemfall der Gesellschaft, zum Aushängeschild Migranten in Deutschland. Die multiperspektivische Sicht erschließt andere Kommunikationsprozesse als erfolgreichere Gesellschaftsprozesse. Der Doppelblick ist eine journalistische Methode der Ermutigung.